



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/30 - 4. Februar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 889 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Die neue Phase des internationalen Gespräches	S. 1
Intermezzo in Brüssel	S. 2
Das Los der in der Zone inhaftierten 'Politischen'	S. 3
Diktaturen - wissenschaftlich betrachtet (eine Buchbesprechung)	S. 5

Auf der Stelle getreten

r. Diese Woche und die ganze nächste Zeit werden aussenpolitisch von der Diskussion um den Briefwechsel der beiden Männer angefüllt sein, die heute die Repräsentanten der entscheidenden zwei Weltmächte sind. Dass das Gespräch stattfindet, ist gut, dass es zunächst im wesentlichen noch, bei aller Verbindlichkeit in der Form, unter Hervorkehrung der Gegensätze, geführt wird, liegt vor allem auch an Versöhnnissen, die sich in der Vergangenheit beide Seiten haben zuschulden kommen lassen.

Arnold J. Toynbee, der grosse britische Historiker, hat kürzlich in einer weitverbreiteten amerikanischen Zeitschrift den Staatsmännern des Ostens wie des Westens einige offene Worte ins Stammbuch geschrieben: Die zweite Genfer Konferenz habe die Hoffnungen, die die erste geweckt hatte, nicht erfüllt, weil beide Seiten mit unrealistischen Vorschlägen kamen, d.h. mit solchen, von denen jede Seite wissen musste, dass sie für die andere unannehmbar waren. Trotz dieses Fehlschlages in Genf müsse aber z.B. auch die Wiedervereinigung Deutschlands ohne weitere Verzögerung angestrebt und erreicht werden, darin stimmten alle überein. Toynbee fährt dann fort: "Wenn wir ernsthaft meinen, was wir sagen, dann müssen wir auf beiden Seiten auf eine Politik verzichten, die darauf ausgeht, das wiedervereinigte Deutschland in das eigene Lager zu steuern" - also in das westliche, beziehungsweise das östliche, und Toynbee denkt dabei, wie aus dem Zusammenhang seiner Bemerkungen hervorgeht, in erster Linie an die militärische Seite eines solchen Anspruchs. Dieses Rezept, hier nur angedeutet, braucht im übrigen - 1 a -

durchaus nicht auf "Neutralität" hinauszulaufen, wie man gleich sehen wird.

Nur wenige Tage vor Erscheinen dieses Artikels veröffentlichte das Organ der Foreign Policy Association, einer einflussreichen Vereinigung zum Studium aussenpolitischer Fragen in der USA, einen redaktionseigenen Beitrag, der das deutlich macht. In ihm hiess es u.a., eine neue positive Konzeption der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion müsse durch das Bemühen um alle möglichen Methoden eines nebeneinander Arbeitens, wenn nicht direkten Arbeitens mit der Sowjetunion, gekennzeichnet sein. Was die europäische Politik betrifft, so liege das Problem heute nicht mehr in einem Heraushalten Russlands aus Europa, sondern in der Schaffung eines arbeitsfähigen europäischen Systems unter Einschluss der USA und der Sowjetunion. - Es wird dabei nicht ausdrücklich gesagt, aber es liegt im Rahmen der ganzen Konzeption, dass in einem solchen System auch das wiedervereinigte Deutschland seinen angemessenen, festen Platz haben müsste.

Vielleicht haben sogar die massgebenden Staatsmänner gleiche oder ähnliche Erkenntnisse. Dann aber sind sie offenbar aus den verschiedensten Gründen einstweilen gehemmt, sie auszusprechen. Noch scheint Bulganin nichts anderes zu wollen, als die grosse internationale Entspannung und eine vertraglich verankerte freundschaftliche Beziehung zu den USA, ganz unabhängig z.B. etwa von der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, d.h. also auf der Grundlage seiner Spaltung. Nur ganz am Rande wird angedeutet, dass im Zuge jener allgemeinen Regelung der strittigen Fragen auch in diesem Spezialpunkt allmählich eine Lösung gefunden werden könnte. Auf der anderen Seite hat Eisenhower die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit an die erste Stelle gesetzt, als Voraussetzung für jeden umfassenden Akkord zwischen den Haupttrivalen des grossen Welttheaters. Da dies wieder heisst, von Moskau die Freigabe der Zone sozusagen als Vorleistung verlangen, bleibt unerfindlich, wie man auf diesem Wege von der Stelle kommen will. Dass eben ist, was Toynbee die unrealistische Politik auf beiden Seiten nennt.

Dieser neue Briefwechsel - auch Herr Bulganin schliesst seinen zweiten Brief mit der Erwartung, dass Eisenhower ihm weitere Gedanken zu diesem Thema mitteilen werde - erscheint als direkte Fortsetzung der Genfer Gespräche auf höchster Ebene, wobei eine Ernüchterung, geboren aus dem Fehlschlag des Aussenministertreffens im Herbst, unverkennbar ist. Fast hat man das Gefühl, wieder in Genfer Pressehaus auf die Ausgabe der neuesten Erklärungen beider Seiten zu warten. Das Bedürfnis nach Publizität und damit Propaganda wird, so ist zu fürchten, von Erklärung zu Erklärung stärker werden. Die Erfahrung lehrt, dass das für die Sache, an der beiden Seiten doch angeblich soviel liegt, recht schädlich werden kann. Am Ende der zweiten Genfer Konferenz wurde auf dem diplomatischen Weg verwiesen, den man bei der Wiederanknüpfung des Gespräches gehen sollte. Darunter war doch aber wohl etwas anderes zu verstehen als der Austausch von langatmigen Erklärungen, die offensichtlich vor allem darauf abgestellt sind, die Spalten der Zeitungen und die Zeiten der Nachrichtensendungen zu füllen.

Bohter Moskauer Staatszirkus - vor Belgiens Königinmutter

Der Moskauer Staatszirkus - diesmal ein richtiger Zirkus - hat seine erste Tournee durch Westeuropa im Brüsseler "Cirque Royal", also im Brüsseler "Königlichen Zirkus" begonnen. Die Moskauer legen anscheinend auf das "Königliche" besonderen Wert, denn die Königsloge war bei der Premiere besetzt. Zwar war nicht der junge König Baudouin erschienen, dem nach zuverlässigem Geplüster in Hofkreisen die Einladung galt, aber dafür die durch ihre Exzentrizität und ihre vorjährige Reise nach Warschau schon bekannte Königinwitwe Elisabeth. Natürlich wurde bei ihrem Eintritt in die Königsloge von dem echt Moskauer Zirkusorchester die belgische Königshymne, die "Brabanconne" gespielt und bei Abschluss der Vorstellung - über die sich Ihre Majestät sehr befriedigt äusserte - wurden ihr die sowjetischen Artisten des Moskauer Staatszirkus persönlich vorgestellt.

Brüssel weiss nicht, ob es diese Koexistenz von sowjetischem Zirkus und belgischem Königstum als extravagant und anrücklich bezeichnen oder als Fortsetzung der Moskauer Versuche, über Belgien in Westeuropa als harmloser Reisender aufzutreten, mit Achselzucken abtun soll. Die Monarchisten sind empört, aber wagen es nicht offen zu äussern, aus Furcht davor, dass die Königin, die mit ihrer Meinung und ihren Neigungen nicht hinter dem Berge hält, sich noch mehr kompromittieren würde. Die "Rote Fahne", das kleine vierseitige Blatt der belgischen Kommunisten, jubelt, aber verschweigt andererseits ihren Lesern die Verbrüderung der Königin mit dem "Staatszirkus". Das Blatt der Christlichsozialen, die "Libre Belgique", zieht es vor, keinen Bericht über diese seltsame Premiere sowjetischen Staatszirkus im Königlichen Zirkuspalast zu bringen. Nur der liberale "Soir" bringt auf der ersten Seite die strahlende Königin, umgeben von den devot sich verbeugenden kommunistischen Zirkusartisten... Zu erraten, ob das Bosheit gegenüber dem "Moskauer Staatszirkus" oder gegen den Brüsseler "Königlichen Zirkus" und der besetzten Königsloge sein soll, überlässt man dem Leser...

Auf jeden Fall war die Premiere ausverkauft. Es bleibt jedem überlassen, ob das an den artistischen Leistungen der Moskauer lag

oder an der Lust der Brüsseler, persönlich dabei zu sein, wenn der Direktor des offiziellen Moskauer Staatszirkus einer Königin untertänigst die Hand küsst...

Natürlich wurden, wie es auch bei sowjetischen Sportmannschaften der Fall ist, die Artisten vom und zum "Königlichen Zirkus" in einem geschlossenen Omnibus gefahren und es wurde genau von recht vierschrittigen Begleitmannschaften kontrolliert, ob auch jeder eingestiegen war und niemand sich verdrückte.

+ + +

- P -

Gefangene, die man vergass

KJ. Der Bundeskanzler hatte bei seinem Moskaubesuch die Entlassung aller Kriegsgefangenen gegen einen Diplomaten austausch erreicht. Inzwischen ist Botschafter Sorin eingetroffen, Dr. Haas hat sein Vorcommando nach Moskau geschickt - rund zehntausend Gefangene sind aus der Sowjetunion heimgekehrt. Es scheint also soweit alles in Ordnung zu sein. Die Russen wollen einen Schlußstrich unter das Kriegsverurteiltenproblem ziehen und werden auch die letzten Gefangenen aus der SU heimschicken. Ob sie morgen oder in zwei Monaten kommen, weiß man nicht - ihre Heimsendung scheint jedoch gewiss.

Was aber wird aus den von sowjetischen Militärgerichten Verurteilten, die nicht nach der Sowjetunion verschleppt wurden, sondern ihre Haft in der deutschen Sowjetzone verbüßen müssen? Der Kanzler hat offenbar diesen "Personenkreis" in Moskau vergessen: die offiziellen Verlautbarungen sprachen immer nur von den Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Glaubte man damals - und glaubt man noch heute - für diese Menschen nichts tun zu können, weil sie in der "DDR" sitzen, mit der man keine Kontakte pflegt?

Das Unrecht schreit zum Himmel. Tausende deutscher Menschen, von sowjetischen Militärgerichten zu höchsten Freiheitsstrafen verurteilt, verelenden in den Zuchthäusern der Zone, ohne dass sich außer ihren Angehörigen jemand um sie kümmert. Schörner, Cleberg, "Pistolen-Schubert" und der "Eiserne Gustav" sind heimgekehrt - der vierzehnjährige "Werwolf" vom Jahre 1945 sitzt noch im Zuchthaus, der Sozialdemokrat, der die Zwangseinigung der SED nicht mitgemacht hat, der

S-Bahnführer aus Berlin, aus dem die Berija-Abakumow-Justiz einen SS-Bannführer produzierte, sie alle siechen, von Gott und den Regierungen verlassen, in einem Teil Deutschlands dahin. Ein paar hundert Kilometer von der freien Welt entfernt!

Weisse man etwas von ihrem Leben? Wenig, viel zuwenig. Zur Not liest man gelegentlich ein paar Zeilen in den Zeitungen: die politischen Häftlinge in der Zone haben wenig zu essen, schlafen auf schlechten Strohsäcken, dürfen keine Pakete empfangen. Seitdem die Pankower vor Weihnachten 2 616 Häftlinge amnestierten, wird es noch ruhiger im Blätterwald. Das Problem ist aber längst nicht gelöst: noch sind Tausende übriggeblieben, die nicht heimkehren durften. Daran mildert nichts die Tatsache, dass viele Kriegsverurteilten eine Reduzierung der Strafe von lebenslänglich oder 25 Jahren auf 10, 15 und 20 Jahre von Pieck zum Geschenk erhielten. Ebensoviele sind verzweifelt, weil es bei ihren Urteilen von "lebenslänglich" und 25 Jahren geblieben ist. Diese Menschen sind physisch und psychisch am Ende ihrer Kraft. Ihre Angehörigen zermartern sich in Kummer und Hoffnungslosigkeit.

Bundesregierung muss aktiv werden

Es muss etwas geschehen, damit dieses erschütternde Leid deutscher Menschen sein Ende findet. Papierne Klagen unserer Publizistik nützen wenig oder nichts. Schliesslich gibt es in der freien Welt einflussreiche Institutionen - nicht zuletzt die Vereinten Nationen - die in der Form von Demarchen und Protesten Moskau auf das Problem nachdrücklich hinweisen können. In Bonn gibt es einen sowjetischen Botschafter, von dessen diplomatischer Aktivität viele Geschichten erzählt werden. Sollte es in der Bundesregierung niemanden geben, der Herrn Sorin die Frage nach den in Mitteldeutschland hoffnungslos eingesperrten Kriegsverurteilten vorlegt? Es würde vermutlich auf die Intensität und die Umstände eines solchen Vorstosses ankommen, ob sein Ergebnis darin besteht, dass der Botschafter sich auf ^{die} Souveränität der DDR zurückzieht oder für einen entsprechenden Wink an Pankow sorgt.

Gerade wenn die Bundesregierung auf dem Standpunkt steht, Pankow sei für die Entlassung der Kriegsverurteilten nicht zuständig, sollte sie diesen Weg versuchen. Die sowjetische Amnestie muss - wenn sie einen Sinn haben soll - auch auf die Kriegsverurteilten in der Zone ausgedehnt werden. Dazu muss und kann die Bundesregierung etwas tun. Und wäre es vorerst nur ein informatives Gespräch mit Botschafter Sorin.

Zu einer Untersuchung von Hannah Arendt

D.S. Nichts ist für uns so dringlich, wie eine Besinnung auf das Geschehen der letzten Jahrzehnte, um es für Gegenwart und Zukunft nutzbar zu machen. Gern weichen wir dieser Last der Geschichte im Gefühl eines satten Wohlergehens aus. Wir versuchen zu vergessen und zu verdrängen.

Umso erfreulicher und begrüßenswerter, dass vor kurzer Zeit ein Buch: Hannah Arendt "Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft" -Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt - erschienen ist, das dieser Vergangenheit so gründlich wie kaum eines vorher zu Leibe geht.

Totalitäre Herrschaftssysteme wie der Nationalsozialismus und der Bolschewismus sprengen den Begriff herkömmlicher, sozusagen "normaler" Diktaturen. Daher ist es zu verstehen, dass Handlungen dieser Systeme für Aussenstehende oft unbegreiflich sind. Doch diese Herrschaftsformen sind nicht über Nacht über uns hereingebrochen, sie haben ihre Basis in ganz bestimmten geschichtlichen und soziologischen Zuständen.

Der I. und II. Teil des Buches beschreiben die Tendenzen, die zur totalitären Herrschaft führen. Die erste Untersuchung gilt der Entwicklung des Antisemitismus, der nicht nur als Rasseproblem verstanden wird, sondern sich auch als ein gesellschaftliches Phänomen stellt. Er findet seinen ersten Höhepunkt in der berüchtigten Dreyfussaffäre. Als zweite Vorläufer-Erscheinung wird der Imperialismus von der Verfasserin behandelt. Der Nationalstaat wird im Zeichen wirtschaftlicher Expansion getrieben, nach Macht um der Macht willen und Annexion um der Annexion wegen zu streben. Am Ende steht der Zusammenbruch einer ganzen Staatswelt und der sie tragenden Gesellschaftsschichten. In dieser Krise, in dem Auseinanderfallen aller Ordnungsprinzipien und Wertmaßstäbe, bilden die vorhandenen Massen in ihrer Verlassenheit einen guten Nährboden für totalitäre Bestrebungen.

Das Wesen der totalitären Bewegungen wird von Hannah Arendt in der Verbindung erkannt, die Ideologie und Terror eingehen. Nationalsozialisten und Bolschewisten haben als erste die im Begriff der Ideologie liegenden, auf Terroranwendung gerichteten Möglichkeiten erkannt und sie zu grösster Konsequenz entwickelt.

Es ist nicht möglich, hier auch nur die wichtigsten Probleme dieses ausgezeichneten, von vorbildlicher begrifflicher Klarheit gekennzeichneten Buches aufzuzeigen. Man muss sich mit diesen wenigen Hinweisen begnügen. Frei von allen Ressentiments, nur der Wahrheit verpflichtet, gestützt auf umfangreiches Quellenmaterial hat Hannah Arendt, die 1933 nach einer Verhaftung durch die Gestapo Deutschland verlassen musste und heute als Professorin für politische Wissenschaften in den USA tätig ist, ein grosses Geschichtswerk geschrieben.

Es ist zu hoffen, dass dieses Buch die Verbreitung findet, die es verdient. Man wird künftighin nicht mehr über die Probleme totalitärer Herrschaft sprechen können, ohne die Erkenntnisse, die uns dieses Buch vermittelt, verwertet zu haben.